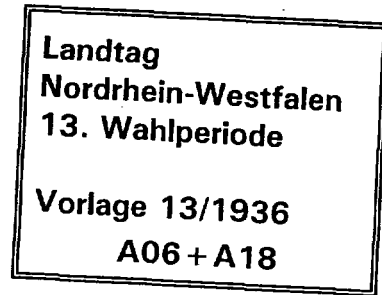


Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

- Drucksachen 13/2800, 13/3150 und 13/3250

Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 14 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses gegeben ist, unverändert angenommen.

Bericht

Der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen hat die in seine Zuständigkeit fallenden Ansätze des Entwurfs des Einzelplanes 14 am 25. September und am 30. Oktober 2002 beraten. Dabei wurden die Personalitel an den Unterausschuss "Personal" überwiesen.

Die abschließende Sitzung fand am 27. November 2002 statt. Dabei wurde der Entwurf des Einzelplans 14, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen gegeben ist, unverändert mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP angenommen.

Die von den Fraktionen zur Abstimmung gestellten Änderungsanträge wurden Punkt für Punkt beraten und abgestimmt. Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage.

Gisela Walsken
Vorsitzende

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1936

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 14 071 Landesinstitut für Bauwesen</p> <p>Auflösung des Landesinstituts für Bauwesen. Deshalb Überführung der dort ausgewiesenen Planstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter in den Stellenplan des MSWKS bei gleichzeitiger Ausbringung von kw-Vermerken zu allen Stellen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Das Landesinstitut für Bauwesen kann auf Dauer nicht weiter finanziert werden. Es ist daher aufzulösen. Dabei ist eine Übergangsfrist erforderlich, um den Stellenabbau zu realisieren. Dazu wird das Verfahren praktiziert, das das Land 1990 bei der Auflösung des Landesamtes für Prüfstatik realisiert hat.</p>	<p><u>abgelehnt</u></p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>FDP ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1936

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 14 090</p> <p>Programm "Rationelle Energienutzung" (Breitenförderung, REN-Impulsprogramm und Niedrigenergiehausförderung)</p> <p>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (Breitenförderung, REN-Impulsprogramm)</p> <p>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (Niedrig- und Passivenergiehausförderung)</p> <p>Ansatz lt. HH 2002 6 955 600 Euro</p> <p>Reduzierung des Ansatzes von 5 978 000 Euro um 2 989 000 Euro auf 2 989 000 Euro</p> <p>Begründung: Nach den Bestimmungen des Berliner Koalitionsvertrages sollen die Ökozulagen wieder in das Eigenheimzulagengesetz aufgenommen werden. Somit ist die Förderung von energiesparenden Anlagen wie Wärmepumpen, Solar- und Wärmerückgewinnungsanlagen sowie eine zusätzliche Förderung für den Bau oder Kauf eines Niedrigenergiehauses ohnehin gewährleistet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Ausschuss Städtebau und Wohnungswesen
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1936

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	FDP	<p>Kapitel 14 090 Programm "Rationelle Energienutzung" (Breitenförderung, REN-Impulsprogramm und Niedrigenergiehausförderung)</p> <p>Titel 893 00 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</p> <p>Ansatz lt. HH 2002 11 767 400 Euro</p> <p>Kürzung des Ansatzes</p> <p>von 8 122 000 Euro um 3 000 000 Euro auf 5 122 000 Euro</p> <p>Begründung: Es findet eine unnötige Überförderung in Teilbereichen des Programms statt. Beim REN-Programm sollte es sich lediglich um eine „Anschubförderung“ für mittelfristig marktfähige Anlagen handeln. Im Bereich beispielsweise der Fotovoltaik sowie der Solaranlagen ist dieses Stadium bereits erreicht. Diese Mittel stehen der Städtebauförderung zusätzlich zur Verfügung und kommen damit den privaten Haushalten indirekt ebenfalls zugute.</p>	<p><u>abgelehnt</u></p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1936

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	CDU	<p>Kapitel 14 500 Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit</p> <p>Titel 821 10 Grundstückfonds für den Erwerb und die Nutzbar- machung von Brachflächen</p> <p>Reduzierung des Ansatzes Ansatz lt. HH 2002 38 645 500 Euro</p> <p>von 31 500 000 Euro um 15 000 000 Euro auf 16 500 000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die Aufgaben des Grundstückfonds NRW bedürfen einer grundlegenden Neube- wertung. Da der Grundstückfonds als revolvierender Fonds konzipiert ist, sollten die Ausgaben ausschließlich aus den Veräußerungserlösen bestritten werden. Deshalb sollte eine komplette Streichung der Zuweisungen aus dem Landes- haushalt herbeigeführt werden.</p>	<p><u>abgelehnt</u></p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1936

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<p>Kapitel 14 500 Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit</p> <p>Schaffung eines neuen Titels 883 11</p> <p>Ansatzhöhe: 15 000 000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die 7fache Überzeichnung des Stadterneuerungsprogramms 2002 verdeutlicht die Notwendigkeit, die Kommunen bei der Stadterneuerung stärker zu unterstützen. Die Finanzierung des zusätzlichen Titels soll über die Einsparungen beim Grundstückfonds NRW (siehe Antrag 4a) sichergestellt werden.</p>	<p><u>abgelehnt</u></p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>FDP ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen
zum Haushaltsgesetz 2003

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1936

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	<p>Kapitel 14 520 Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung</p> <p>Auflösung des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung. Deshalb Überführung der dort ausgewiesenen Planstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter in den Stellenplan des MSWKS bei gleichzeitiger Ausbringung von kw-Vermerken zu allen Stellen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Das ILS kann auf Dauer nicht weiter finanziert werden. Es ist daher aufzulösen. Dabei ist eine Übergangsfrist erforderlich, um den Stellenabbau zu realisieren. Dazu wird das Verfahren praktiziert, das das Land 1990 bei der Auflösung des Landesamtes für Prüfstatik realisiert hat. Die Forschungen des ILS, die im Auftrag der Staatskanzlei und des MSWKS betrieben werden, können von universitären Instituten in NRW übernommen werden.</p>	<p><u>abgelehnt</u></p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>